



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Rat der Alten Hansestadt Lemgo**

Fraktionssprecher: Dr. Burkhard Pohl
Tel. 05261-934088
Fax: 05261-934077
Mail: gruene@lemgo.de
www.gruene-lemgo.de

Fraktionsgeschäftsführung: Petra Arndt
Tel. 05261-213410

Lemgo, den 13.9.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

anbei erhalten Sie einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 83/2010 „Auswärtige Schüler/innen“:

Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung

1. Der Passus

„... die nicht über eine Schule der entsprechenden Schulform in ihrer Gemeinde oder im Verbund mit anderen Gemeinden verfügen.“

wird wie folgt geändert:

„... die nicht über eine Schule der entsprechenden Schulform **bzw. einer entsprechenden Schulform mit Ganztagsbetrieb oder entsprechendem Profilschwerpunkt** in ihrer Gemeinde oder im Verbund mit anderen Gemeinden verfügen.

2. Folgender Passus wird eingefügt:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den Nachbarkommunen und den betroffenen Schulen in einen konstruktiven Dialog über die künftige Schullandschaft und mögliche Kostenverteilungen zu treten.“

Begründung

1. Der Vorschlag der Verwaltung verändert den Ratsbeschluss von 2002, der für die Abweisung von der Ganztagshauptschule Brake einen adäquaten Ganztagsbetrieb gefordert hatte. Dieser existiert weiterhin nicht in den Nachbarkommunen. Die Entscheidung für den Besuch einer Ganztagschule geschieht aber meist aus dringenden pädagogischen oder sozialen Motiven. Daher ist die bisherige Regelung weiterhin unbedingt notwendig.

Bei der Ausdehnung der Regelung auf die Gymnasien sollten spezifische Profile berücksichtigt werden, da diese erstens eine bewusste Schullaufbahnentscheidung von SchülerInnen und Eltern ermöglichen und zweitens den Schulstandort des Mittelzentrums Lemgo besonders auszeichnen.

2. Nicht nur durch die angekündigte Gründung von Gemeinschaftsschulen in Lippe wird sich die schulische Landschaft weiter verändern und die vorgeschlagene Regelung bereits wieder entkräftet werden. Da der Vorschlag der Verwaltung vor allem aus dem Problem fehlender finanzieller Beteiligung der Nachbarkommunen rührt, diese wiederum unter sinkenden SchülerInnenzahlen leiden, sollte im Gespräch mit allen Beteiligten nach einer Perspektive gesucht werden. Dies scheint sinnvoller als der Alleingang einer Kommune.